BUND und VKA

Tarifinfo 05/09
21.10.2009

GdP-TARIFINFORMATION

Tarifrunde 2010 – Bund und VKA

Die Tarifrunde 2010 für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Gemeinden wirft ihre Schatten voraus. Fast täglich wird über die Einnahmeverluste der öffentlichen Hand berichtet. Im Jahr 2010 werden wir unsere ganze Kraft für ein akzeptables Ergebnis brauchen.

Krise der Staatsfinanzen: Der öffentliche Dienst hat keine Milliarden vernichtet!

Banken und dubiose Finanzgeschäfte haben die Weltwirtschaft an den Rand des Abgrunds geführt. Die Regierenden weltweit waren gezwungen, mit kaum vorstellbaren Milliardenbeträgen das Schlimmste vorerst zu verhindern. Jetzt ist bei der Politik die Versuchung groß, die Haushaltslöcher durch den Griff in die Taschen der Beschäftigten zu stopfen. Das ist keine Lösung. Diese Krise haben die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht zu verantworten. Sollen die zahlen, die die Krise verursacht haben!

Tarifrunde 2010 aktiv vorbereiten!

Wer will, dass die Beschäftigten 2010 nicht das verlieren, was sie 2008 gewonnen haben, muss jetzt aktiv werden – und sich aktiv in die Diskussion um die gemeinsamen Forderungen einbringen.

Steht es wirklich so schlecht um die öffentlichen Finanzen?

Keine Frage: Die Rettungsaktionen für Großbanken und Unternehmen einerseits und die durch den Rückgang der Wirtschaft ausbleibenden Steuereinahmen andererseits haben die öffentlichen Finanzen arg gebeutelt und werden dies auch weiterhin tun. Diese Entwicklung trifft insbesondere die Städte und Gemeinden – wenn auch in unterschiedlichen Ausmaßen. Es brechen fast überall die kommunalen Steuereinnahmen wie die Gewerbesteuer weg. Auf der anderen Seite steigen die Ausgaben für soziale Leistungen.

Aber: Es gibt kein Gesetz und keine Regel die besagt: „Bei rückläufigen Steuereinahmen muss am Einkommen der Beschäftigten gespart werden“. Die Arbeitgeber oder Wirtschaftswissenschaftler haben umgekehrt auch noch nie gesagt, dass bei steigenden Steuereinnahmen die Einkommen steigen müssen.

Macht es Sinn, die öffentlichen Haushalte durch Einkommensverluste der Beschäftigten zu sanieren?

Hier kann nur ein klares „Nein“ die Antwort sein. Die Ausgaben für die Einkommen der Beschäftigten machen nur einen Teil der öffentlichen Haushalte aus. Es ist schlichtweg Augenwischerei, wenn der Öffentlichkeit weisgemacht werden soll, dass durch Einkommensverzicht der Beschäftigten die Sanierung der öffentlichen Haushalte machbar wäre.

Die Sanierung der öffentlichen Haushalte muss da ansetzen, wo wirklich was zu holen ist. Steuergerechtigkeit ist dafür ebenso unverzichtbar wie eine Arbeitsmarktpolitik, die Vollarbeitsplätze schafft.

V.i.S.d.P. Alberdina Körner +++ Stromstraße 4 +++ 10555 Berlin +++ Abt. VII – Tarifpolitik

Welche Rolle spielt eine aktive Einkommenspolitik bei der Überwindung der Krise?

In jedem Fall eine immer größere Rolle. Denn um den Abwärtstrend zu stoppen, ist die Ankurbelung der Binnennachfrage entscheidend. Zurzeit gilt das Gegenteil: Sinkende Einkommen verstärken die Konsumzurückhaltung, was wiederum eine niedrigere Auslastung der Unternehmen und damit noch weniger Steuereinnahmen und Gewinne bewirkt. Deshalb gilt, dass die Binnennachfrage gestärkt werden muss, zumal der Export als Wachstumsmotor weggebrochen ist. Deshalb sind für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und für die Wirtschaftsentwicklung Einkommenssteigerungen notwendig.

Werden wir in der Tarifrunde mit einem harten Gegenwind der Politik rechnen müssen?

Das ist mehr als wahrscheinlich. Auch die meisten Medien werden sich wahrscheinlich einig sein, dass die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes zu viel wollen. Und wahrscheinlich werden die Arbeitgeber uns mit einem Katalog an Gegenforderungen konfrontieren.

Deswegen müssen wir frühzeitig mit der Information und Argumentation beginnen.

Gut, fair und gerecht bezahlte Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind die Basis leistungsfähiger öffentlicher Dienste. Dies müssen wir sowohl den Politikerinnen und Politikern als auch den Bürgerinnen und Bürgern klarmachen.

Funktionierende öffentliche Dienste kann es nur mit motivierten, also auch anständig bezahlten Beschäftigten geben.

SEI STÄRKER – SEI MITGLIED – SEI GdP!

V.i.S.d.P. Alberdina Körner +++ Stromstraße 4 +++ 10555 Berlin +++ Abt. VII – Tarifpolitik

BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich der Gewerkschaft der Polizei bei, deren Satzung ich anerkenne.

Bitte ausfüllen und anschließend unterschrieben an den Landesbezirk oder die entsprechende Untergliederung senden!

PASSFOTO

Ich ermächtige die **Gewerkschaft der Polizei** und die in ihrem Auftrag handelnde Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH, die in Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Daten zu speichern, soweit dies zur üblichen Betreuung des Ermächtigenden oder zur ordnungsgemäßen Durchführung der Mitgliedschaft erforderlich ist. Die Vorschriften des Bundesdatenschutzgesetzes zur Datenübermittlung bleiben unberührt. Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Umzugsfalle meine neue Adresse an den Verleger der Mitgliedszeitschrift DEUTSCHE POLIZEI weiterleitet.

LB MITGLIEDSNUMMER

LANDESBEZIRK

ANREDE ❑ HERR ❑ FRAU ❑ TITEL

NAME/VORNAME

GEBURTSDATUM

STRASSE UND HAUSNUMMER

POSTLEITZAHL/ORT

BUNDESLAND

BANKVERBINDUNG

BANKLEITZAHL

KONTONUMMER

GEWERKSCHAFTSBEITRITT/KREISGRUPPE

STATUS ❑ BEAMTE(R) ❑ TARIFBESCHÄFTIGTE(R)

BEI: SCHUPO/KRIPO/VERW./BEPO/WASSERSCHUTZ/ETC.

TEILZEIT ❑ NEIN ❑ JA _____ STD/WOCHE

BESOLDUNGS-, VERGÜTUNGS-, LOHN-, ENTGELTGRUPPE

BISHERIGE MITGLIEDSCHAFT IN ANDEREN GEWERKSCHAFTEN von/bis:

TELEFON Privat: Dienstlich:

MOBILTELEFON Privat: Dienstlich:

TELEFAX Privat: Dienstlich:

E-MAIL Privat: Dienstlich:

Abbuchung ab:

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich die **Gewerkschaft der Polizei** – bis auf Widerruf –, den Gewerkschaftsbeitrag vierteljährlich bei Fälligkeit (1. Februar, 1. Mai, 1. August, 1. November) zu Lasten meines oben stehend bezeichneten Kontos mittels Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

ORT DATUM UNTERSCHRIFT

Aufgenommen durch:

Name

Mitgliedsnummer Werber